

# Das Frankfurter Westend

Bericht über einen bekannten Stadtteil  
aus der Beobachtung Betroffener

Text : Odina Bott

Gründungsmitglied der  
"Aktionsgemeinschaft Westend" e.V.  
(seit 1969)

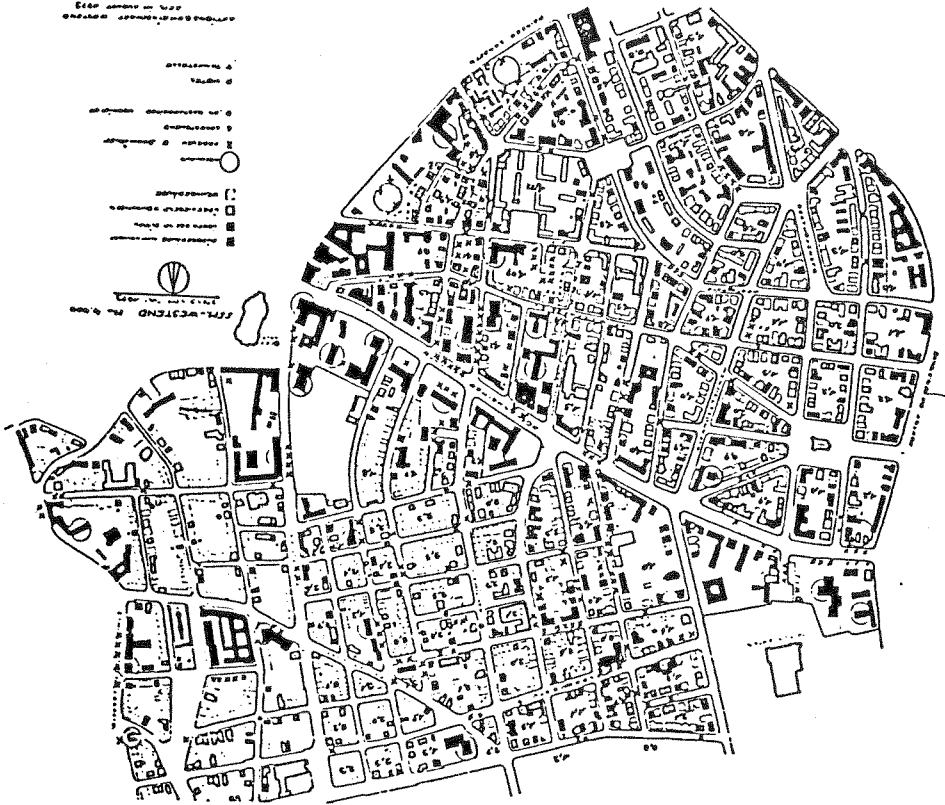
im Ortsbeirat 2 seit 1972 (SPD)

Bildentnahme aus folgenden Veröffentlichungen :

Klaus Merten - Christoph Mohr  
"Das Frankfurter Westend", Prestel Verlag  
- München, 1974

"Hausbesetzungen" - Aktionen gegen Miet=  
wucher und Spekulanten  
v. Heinz Jürgen Franz  
in Zusammenarbeit mit Albrecht Irmiler  
Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ullm

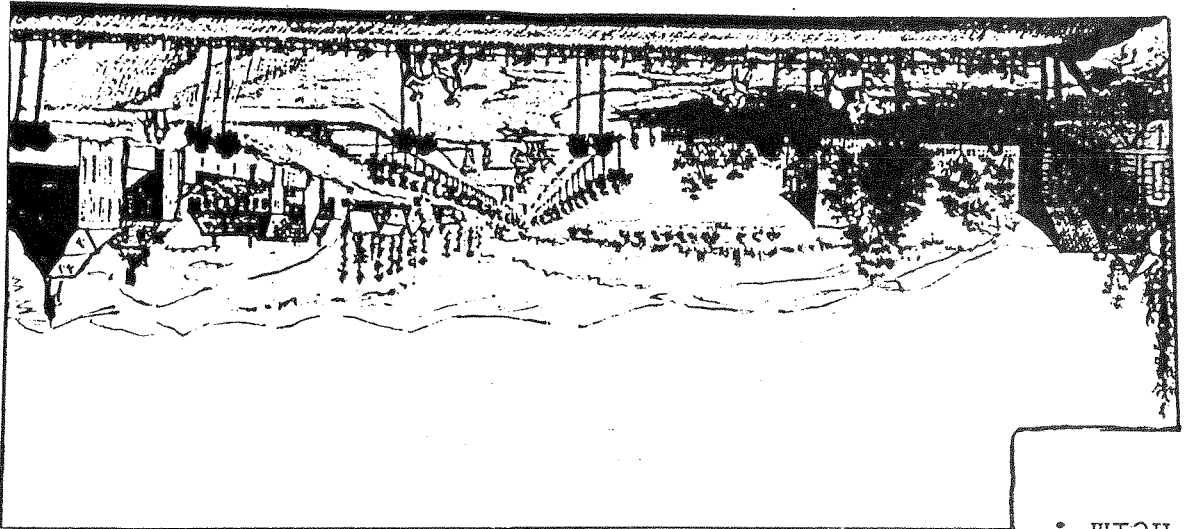
Untenstehender Plan :  
Strukturuntersuchung der A G W 1973



2: St. 1.7 + 10.14  
= 5.5 x 6.14

# Das Frankfurter Westend

entstand nicht aus einem gewachsenen Gemeinwesen mit Orts-  
mittelpunkt sondern war bis ins vorige Jahrhundert ein Feld-  
und Gartenvorland zwischen Frankfurt a.M. und dem Dorf Bocken-  
heim .



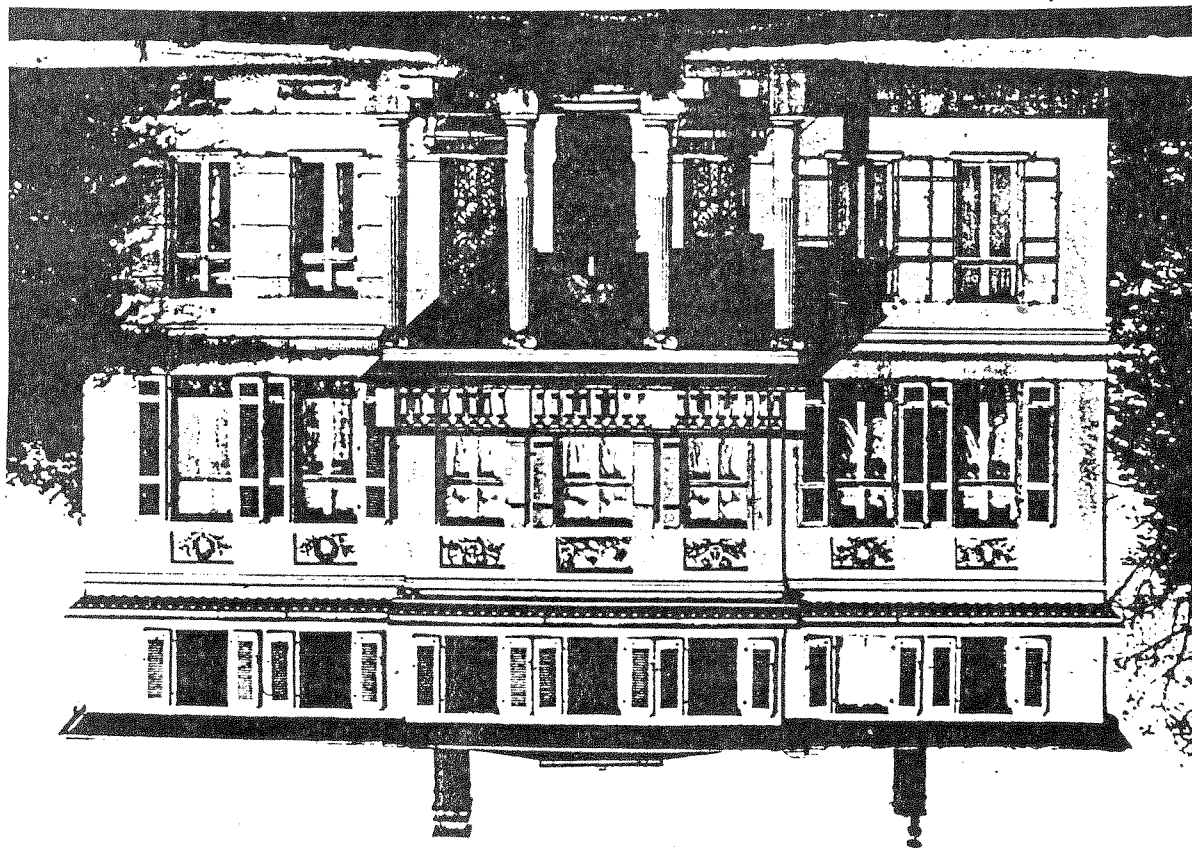
Johann Caspar Zehender: Die Bockenheimer Chaussee 1772

Als um 1800 die Stadtbefestigung militärisch nutzlos  
und zu Gunsten einer prachtvollen, die Stadt umrundenden Grün-  
anlage beseitigt wurde, war dies für die Bürger ein berei-  
der Akt aus der mittelalterlichen Enge.  
Frau Rat Goethe lobte begeistert das Gartenwerk und den weiten  
Blick bis zum Taunus.

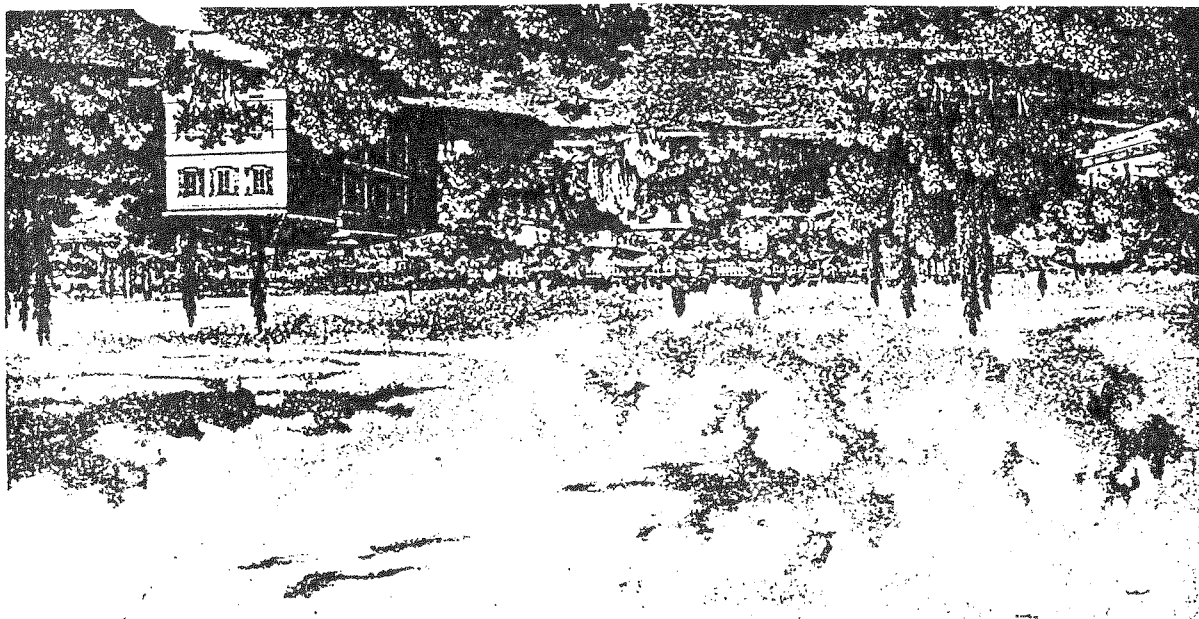
Zuvor schon hatten Bürger begonnen ihre Ländereien mit festen  
Gartenhäusern auszustatten. Nachfolgend entstanden aus den Som-  
mersitzen prunkvolle Villen inmitten gepflegter Parkanlagen.  
Gewächshäuser und gärtnerische Experimente kamen in Mode.  
Durch Erbteilung oder Geschäftsveränderungen verkleinerten  
sich in der Folgezeit die ausgedehnten Ländereien. Handwerker,  
Bankiers, Kaufleute, Ärzte und andere drängten aus der Stadt;  
im Westend wurde es enger.  
Ab 1860 entstanden Wohnvillen als Doppelhäuser mit geringerer  
Gartenfläche und die ersten Miet-Wohnhäuser mit Etagenauftei-  
lung.

Das Grundstücksgeschäft blühte, Architekten boten zusammen mit  
fertiger Erschließung und vollständigen Plänen ganze Straßen  
oder aufeinander abgestimmte Eck-Ensembles an.

Landhaus Gontard, 1799 ( N. A. Salins de Montfort )  
Bockenheimer Landstr. 42  
Ausgebombt, abgerissen, heute Büroareal mit "Triton-Haus"



Garten und Gartenhaus Berna-Brentano um 1818 links der  
Bockenheimer Chaussee ( heute Niedenu 80 )



Das in 100 Jahren entstandene Stadtgebiet Westend war zweit-  
 fellos Sitz der Reichen und bei zunehmend dichterem Bepflanzung  
 Nachzugsbereich wohlhabender Bürger. Auch bekannte Künstler  
 hatten hier Heim und Arbeitsstätte. Bürgerlichem Mäzenatentum  
 sind von hier aus viele kulturelle und soziale Einrichtungen  
 zu verdanken, darunter z.B. der Grüneburgpark. Der Reiz dieses  
 Stadtteils liegt bis heute darin, daß mit Vorgärten, Straßen-  
 bäumen und rückwärtigen Freiflächen ein gewisser Gartencharak-  
 ter bewahrt werden konnte.

Schon der erste Weltkrieg  
 brachte die etablierten  
 Besitzverhältnisse durch-  
 einander, Familien verarm-  
 ten.

Herrschaftliche Etagen wur-  
 den unterteilt und boten da-  
 nach noch immer bevorzugten  
 Lebensraum.

Der zweite Weltkrieg tat  
 ein übriges, die Menschen  
 rückten zusammen. Verschie-  
 dene Leute teilten sich die  
 Wohnung und waren dabei  
 nicht unglücklich:

Die Zimmer mit den hohen  
 Decken waren groß, das  
 Plaisir blieb und die Alt-  
 baumleuten waren niedrig.

Von der Öffentlichkeit unbemerkt war eine soziale Mischung  
 aus allen Schichten entstanden. Armut wurde mit unaufrichti-  
 ger Würde ertragen. Ungeschadet auch ganzer Karrees mit Werks-  
 wohnungen oder sozialem Wohnungsbau, die nach dem Kriege  
 hochgezogen wurden um der ersten Not zu begegnen, galt das  
 Westend weiterhin als "Stadtteil der Reichen".

Die Distanz vieler Frankfurter zum Schicksal des ums über-  
 leben kämpfenden Westends hatte hierin seine Wurzel.  
 Viel zu spät wurde verstanden, daß die Zerstörung eines ge-  
 sunden Teiles den Gesamtorganismus der Stadt schädigt und  
 Gefahr auch für alle anderen Bereiche signalisiert.



171 Oberlindau 65

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ging die allgemeine Armut der Nachkriegszeit zu Ende. Frankfurts gewählte Stadtväter waren in parteiübergreifender Einigkeit der Meinung, daß die Stadt - mittels entsprechendem Zutun - eine große wirtschaftliche Zukunft haben müßte. Angestrebt wurde, ein Bankenzentrum zu werden, vielleicht sogar das Bankenzentrum Europas - so Oberbürgermeister Brunderdt (SPD) in einer Bürgerversammlung im Palmengarten 1969. Mit vielen neuen Arbeitsplätzen und den vermehrten Steuererinnahmen würde die Stadt ihre vielfältigen sozialen und kulturellen Vorhaben verwirklichen können.

Dafür müßten eben Opfer gebracht werden, und zwar im Westend. Banken, Versicherungen und andere Gewerbe des "tertiären Sektors" würden nur beste Standorte akzeptieren. Der günstig gelegene Stadtteil war als Erweiterungsgebiet für die künftige zu eng werdende Geschäfts-City schon ausgemacht. Ein Universitätsgutachten hatte dies empfohlen. Mit ein paar locker skizzierten Zielvorstellungen ("Fingerplan") wurde die Umgestaltung des Wohn- und Villenviertels dem Gutdünken der Behördenbürokratie und den "Kräften des Marktes" überlassen. Das Ergebnis war verheerend.

## W i l d w e s t i m W e s t e n d

"Investoren" wurden ermutigt "zu investieren", d.h. Grundstücke im Westend zu kaufen. Sie kamen in Scharen. Genehmigungen für Häuserabriss und neue Bürobauten wurden von der Genehmigungsbehörde regellos und großzügig erteilt. Der "Ausverkauf des Westends" begann.

Die "Investoren" waren Geschäftsleute, die durch ihre aggressive von Methoden bald bekannt waren und üblen Ruf erlangten. Alle namhaften Banken waren direkt oder über Tochtergesellschaften an der Finanzierung der Bodenspekulation beteiligt. Verunsichert waren alle Hausbesitzer, viele verkauften aus Gewinnsucht, andere aus Angst. Wo Aufkäufer auf mehr Charakterstärke stießen, waren Nachbarn ermutigt, ebenfalls abzulehnen.

Niemand wußte, wie es weitergehen würde. Der Stadteil geriet

in einen skandalösen Zustand.

Fast 20 000 Bewohner wurden trotz noch immer herrschender Wohnungsnot aus den Häusern und aus dem Westend vertrieben.

Zuerst die alten Mieter, nach ihnen die Gastarbeiterfamilien, die keine Wahl hatten und zur Verdämgung und zum Kaputtwohnen mißbraucht wurden. Sie hatten die schlechtesten Karten :

Zimmerweise Vermietung an ganze Familien in den einst gutbürgerlichen oder herrschaftlichen Etagen, selbst das Badezimmer noch als "Wohnraum" einzeln vermietet, ebenso Kellererschläge und Dachkammern. Überlastung der Installationen, keine Reparaturen, bald feuchte Wände, kaputte Heizungen etc., dazu Wucherermieten und nur kurzfristige oder überhaupt keine Mietverträge.

Das Bemühen der so schäbig ausgebauten Familien um Sauberkeit und ein Minimum an Wohnlichkeit mutete heroisch an.

Unter solchen Bedingungen war aber die vom Hausaufkäufer gewünschte Verslummung nicht aufzuhalten.

1976 betrug die Schadensliste im Westend so um die 250 Gebäude, d.h. zu offenen Ruinen demolierte Wohnhäuser, leere Abrisplätze, überbelagte Slum-Häuser, leerstehende Gebäude oder aufgekaufte mit ungewissem Schicksal.

Bei dieser Zählung - es war eine empörte Anfrage der S P D im Ortsbeirat 2 an den Magistrat - waren die bereits neu erstellten Büroblocks oder Hochhäuser nicht voll mit aufgeführt, die den Platz früherer Wohnhäuser einnahmen.

Was sich im Westend in überstürztem Tempo ab 1968 vollzog, setzte denn doch die Stadtverantwortlichen, die einschichtvolleren jedenfalls. Im gesamten Innenstadtbereich spielte sich ähnliches ab, nur weniger beachtet.

Die Stadt sah sich in der Rolle des Zaublerlehrlings, der mit den herbeigerufenen Geistern nicht fertig wird. "Stadtentwicklung" nach Wildwest- und Goldgräberart war neu, bekannt allenfalls vom Hörensagen aus den fernen U.S.A., und zwar als geschäftlich exotik, die hier nicht denkbar schien. Dieser Stil wart hier

sie Normen über den Haufen. Es mußten Mittel entwickelt werden, ihm zu begegnen. Nur schwerfällig folgte die Stadtverordnetenversammlung zu solchen notwendigen Überlegungen.

" K r a n k u r t "

Schreckensmeldungen häuften sich von allen Seiten; die Not führte noch 1969 zur Gründung der "Aktionsgemeinschaft Westend" e.V. ( A G W ) unter Leitung des Architekten Dipl.-Ing. Otto Fresenius und zahlreicher Helfer und Berater.

Mit umgehend mehr als 600 Mitgliedern entstand eine der ersten angesehensten und zahlreichsten Bürgerinitiativen der Bundesrepublik - 1971 Verleihung der Theodor-Huus-Medaille für dieses Bürgertum.  
Namen und Verdienste sind hier nicht aufzuzählen, nur so viel sei erwähnt: Zu den stärksten Stützen des Gemeinschaftsunternehmens gehörte die evang. Matthäus-Gemeinde.  
Sensational erschienen der Öffentlichkeit auch, daß der SPD-Ortsverein Westend an der Spitze des Widerstandes gegen eine vom SPD-mehrheitlichen Magistrat verordnete "Planung" kämpfte, und zwar hier wiederum für die Lebensinteressen einer Bevölkerung, die ihrerseits eher konservativ eingestellt war.  
Aus dem Notstand entwickelten sich ganz neue Begegnungen, neue Erkenntnisse und eine Kommunikation, die bis dahin ungewöhnlich war.

Dem Widerstand dieser Initiative und ihren fundierten Verhandlungen mit der Stadt hat das Westend erhebliche Teile der Wohnbereichserhaltung zu verdanken und die Rettung einzelner, wichtiger Gebäude. Auch die noch neue Idee des Denkmalschutzes für Wohnhäuser der Gründerjahre und des Jugendstils konnte durchgesetzt werden. Alternativ Vorstellungen zur Stadtentwicklung wurden aufgezeigt, die dem damals international gängigen Treiben der Stadtplaner entgegenstanden, die auf strikte Trennung der städt. Funktionen eingeschworen waren ("Athener Charta")

Von der A G W vertretene Gegenpositionen, daß nämlich die funktionale, soziale und architektonische Mischung anzustreben sei, gehören inzwischen zum Allgemeingut der Fachwelt.

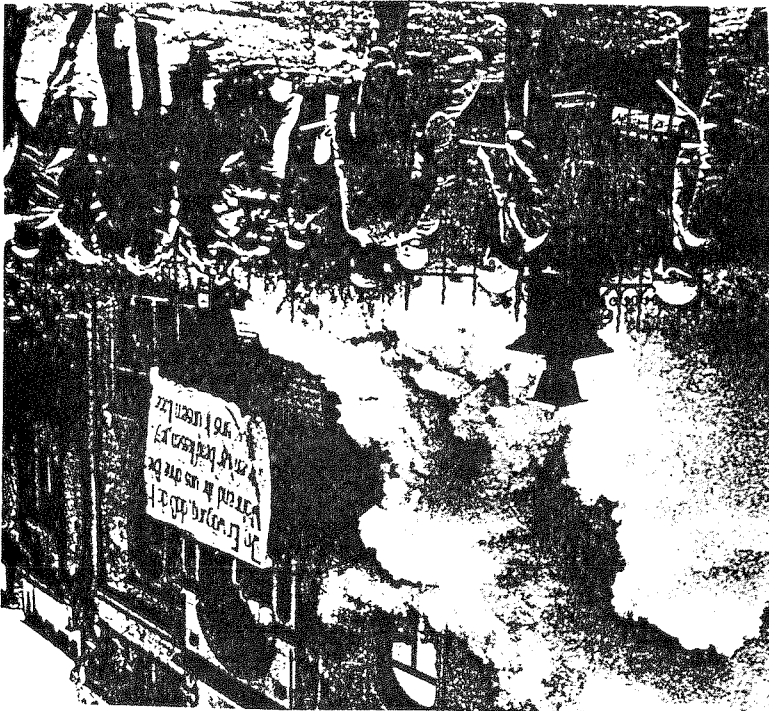
Das Bürgerbündnis im Westend schreckte auf, hätte dennoch nicht solches Echo gefunden. Dafür sorgten studentische Hausbesetzer ab Spätsommer 1970. Der Stadtteil kam bundesweit in die Schlagzeilen.

Zu der Teilrettung des Westends haben die Hausbesetzungen ganz erheblich beigetragen - ein bleibendes Verdienst der eigenwilligen und provokant auftretenden jungen Leute, die sich allerdings in Verknüpfung der Macht der Gegenseite und der eigenen geringen Möglichkeiten mehr Wirkung versprochen hatten. Heute sehr aufgewputzten Altbauten ist nicht anzusehen, daß sie vormalig durch "Hausbesetzer" vor dem Abriss bewahrt wurden.



Der Aufstand im Westend schockte allerseits. Wo sich die Parteien doch so schön einzig gewesen waren, den Stadteil für die Aussicht auf goldene Zeiten preiszugeben, ergingen sie sich jetzt in Schuldzuweisungen kreuz und quer. Auch die A G W wurde bemäkelt, mal als linksverdächtig, mal als bürgerlich-reaktionär eingestuft, auch in die Nähe von bornierten "Frankfurter Krätzschern" gerückt (so in einem bekannten Presseorgan) Hausbesetzer wurden mit Polizeigewalt aus Wohnhäusern gedröschten, damit diese weiterhin leerstünden oder abgerissen werden konnten.

Grüneburgweg 117 :  
 zusammen mit der  
 Polizei kamen Arbeiter  
 brucharbeiter der  
 Fa. Lipfert ins Haus  
 und demolierten.  
 Das Gebäude stand  
 lange leer,  
 kam unter Denkmal=  
 schutz, wurde 1981  
 renoviert,  
 Büronutzung. Jetzt  
 Die Villa ist Sitz  
 u. im Besitz eines  
 Bankinstitutes.



Gleichzeitig setzten sich vernünftiger Überlegungen durch. Über das Westend wurde eine Veränderungssperre mit umgehendem Baustop verhängt. Abrisse wurden nur noch nach Vorlage eines gültigen Bauzeichens genehmigt. Diese wurden neu aber nicht mehr ausgestellt. Auf alte Genehmigungen hin entstanden noch einige Bürobauten, dann war aber erst einmal Schluss. Zur Verstärkung der Fachbehörden kümmerte sich die Stadtverordnetenversammlung wieder um Bau- und Planungsfragen, und dies mit Akribie. Ein neuer Bebauungsplan für's Westend kam in Arbeit, mühevoll genug nach dem angerichteten Chaos. 1972 wurden Ortsbeiräte in Frankfurt eingeführt, ein Amt für



Eppsteinerstr. Nr. 47 / Eckhaus zur Freiherr v. Stein Straße  
 Hausbesetzung 1970, zwei Mieter aus dieser Zeit wohnen heute noch dort.  
 Das Jugendstil-Wohnhaus blieb erhalten, Denkmalschutz, renoviert.



Wohnungswesen eingerichtet, ebenso ein Amt für Denkmalschutz und Stadtbildpflege.

Dazu wurden städt. Satzungen zum Schutz von Vorgärten, von Bäumen und gegen Zweckentfremdung von Wohnraum verabschiedet.

Diese und andere Hilfsmittel wurden auch für andere Stadtteile wichtig.

Der verantwortliche Baudezernent, Zielscheibe der allgemeinen Empörung, ging vorzeitig in Pension. Sein Nachfolger Hanns Adrian (später in Hannover) versuchte den abgedrillteten, schweren Fällen Kohn heranzuziehen.

Wirtschaftsrezession und ein Überangebot an neuerbautem Büroraum kamen solchen Bemühungen entgegen. Die Bodenpreise sanken. Im Westend konferierten die Aufkäufergruppen auf die entstandene Verzögerung ihrer Geschäfte mit Prozedröhungen gegen die Stadt und mit Verslummung. Ganze Areale erstarrten im Zustand gewollter Zerstörung. Bevölkerung und Magistrat sollten damit unter Druck gesetzt werden mit dem Ziel, doch noch einen Bescheid in der gewünschten Richtung zu erpressen.

1977 und 1978 wurde der Bebauungsplan Westend I Nr. 320 / 420 endlich verabschiedet, kurz bevor die bereits verlängerte Veränderungssperre endgültig abließ. Er stellte einen hart erkämpften Kompromiß zwischen Wirtschaftsinteressen und Wohnbereichserhaltung dar.

Die Bemühungen um Schadensminderung im Westend waren <sup>Zunächst</sup> endlich gemeint. Bebauungsplan und Schutzsatzungen schafften endlich und scheinbar klare Verhältnisse, die von allen, den Spekulanten ausgenommen ( sie protestierten und prozessierten ) anerkannt wurden.

Der Wandel wurde deutlich :

Neben Grundstücken, auf denen Büroblocks oder Hochhäuser als letzter Stilarten der letzten fünfzehn Jahre standen, konnten Liegenschaften dem Wohnen oder ähnlichen Funktionen zurückgewonnen werden.

Erlaubte wichtige Punkte waren vorher schon erkannt, so die Erhaltung des traditionsreichen Café Laumer im Schnittpunkt des Westends an der Bockenheimer Landstraße, so auch die der Villa May an der Ecke zur Niedenu (Post), der ausgeplünderte "Historische Pferdestall" in der Ulmenstraße war in Renovierung zum Bürgertreff - um nur Beispiele zu nennen.

Die Abrissplätze wurden jetzt überwiegend mit Wohnhäusern bebaut, mit Eigentumswohnungen oder einer Anhäufung von Appartements zu teurerer Miete.

Bürgerhäuser und Villen, ja ganze Straßenzüge, die durch die Veränderungssperre oder durch den Denkmalschutz vor der Abrisslinie bewahrt blieben, fanden neue Liebhaber und neue geschäftliche Verwendung:

Fabelhaft herausgeputzt, manchmal innen bis zur Entkernung umgebaut, dienten sie dem Verkauf von Eigentumswohnungen zu überwältigenden Preisen. Die Nostalgievolle ließ Altbauten eine neue Wertschätzung zukommen.

Häufiger noch zogen Büros ein, auch für sie der Altbau eine Statusfrage - ungeachtet des angeblichen Verbotes von Zweckentfremdung von Wohnraum.

Der Stadtteil erstrahlte in neuem Glanze.

Eine architektonische Mischung ist im Westend überzeugend erreicht (z.Zt.noch) aber die notwendige funktionale ist schon dahin. Unter schöner Fassade geht die Umwandlung des Westends zum "City-Erweiterungsgebiet" ungestört voran.

Der politische Wille, die Lebens- und Wohnbereiche der Frankfurter Bürger in dieser Stadt zu schützen, d.h., städt. Satzungen und Pläne hierzu auch durchzusetzen, fehlt eindeutig. Verantwortung ist seit 1980 "der Selbstregulierung des Marktes", d.h. dem Recht des Stärkeren überlassen. Ämter werden nur tätig, "wenn Anzeige erstattet wird", wenn Gartenbe-seitigungen und Verdängungskonflikte öffentlich gemacht werden. Selbst dann noch gilt amtliche Fürsorge überwiegend den Interessen der Geschäftswelt. Aus Westend-Erfahrung berichtet :  
 SPD - Ortsbeiräte und AGW-Vertreter mühen sich im Kleinkampf ab, das rechtlich scheinbar gesicherte Wohnen zu verteidigen, wohlwissend, daß die Fälle, die sie vortragen, nur die Spitze des Eisbergs in Frankfurt sind. Das Ergebnis besteht in ein paar Prozenten erhaltener Wohnungen, beispielsweise zu ausgebauten Dachkammern noch 2 Wohnungen dazu. Erfolgsergebnisse sind hier Brocken, die von der Herren Tische fallen. Die wache Bürgervertretung fällt lästig, sie stört nicht nur die Slow einer nummehr heilen und angeblich geordneten Welt, sondern bewirkt häufig im Vorfeld schon einiges, bringt Korrekturen an, die sich die Verantwortlichen später gern auf die Fahne schreiben. Sei's drum, wenn's nützt.

Ehemaliges  
 "Französisches  
 Institut"  
 Vom Aufkäufer  
 Leergemacht,  
 Bürohaus an-  
 gestrebt -  
 für den Abriß  
 innen demo-  
 liert.  
 Denkmalschutz  
 - keine Ab-  
 rißgenehmi-  
 gung erteilt.



12 Villa Kiesel (Freiherr-vom-Stein-Straße 6), Ecke Grundburgweg)

Bank nahm sich  
 der sog. Kellerleihe an (Bezeichnung für fast unlösbare Fälle)  
 investierte eine Unsumme für die Renovierung; selbst die zerstör-  
 te Kassettendecke wurde erneuert.  
 Das Institut ist stolz auf diese vorzügliche "Repräsentanz"  
 (Z.Schutz des Hauses mauernten einst AGW u. SPD Türen u. Fenster zu)

D o c h " M a i n h a t a n " !

*im Garten - und Wohnraumverhaltung*  
Der deprimierende Kleinkrieg im Westend-Leben reichte hin.

Allen Aufregungen zum Trotz blieb der Bebauungsplan (an ir-  
gend etwas muß der Mensch sich halten können) ein Zeichen der  
Ordnung mit Symbol- und Glaubenskraft befrachtet, ein Rückhalt.  
Für den Magistrat war er das nicht.

Schon 1987 wurde er an der Bockenheimer Landstraße 42, im Zen-  
trum des Westends, außer Kraft gesetzt. Der Magistrat behaup-  
tete, hier unter Druck zu stehen, was nachweislich angezwei-  
felt werden konnte. Das "Triton-Haus" entstand mit zusätzlich  
gebilligter Geschößflächenziffer, d.h. einer enorm kompakten  
Ausnutzung und Befrachtung des nicht gerade kleinen Geländes.  
Die nächsten Anwohner protestierten. A G W sowie S P D - Ver-  
treter schalteten sich ein. Der Erfolg bestand in einer Korrektur  
der Fassade. Die Niederronung um 4 Stockwerke vorne wurde  
hinten wieder draufgepackt.

Für die Bockenheimer Landstraße, ist - im Sinne einer Sieges-  
allee der Banken (so inzwischen spöttisch genannt) - die  
postmoderne Perle sicher ein Gewinn, für das Leben im Stadtteil  
nicht. Eins kommt zum anderen: Die Folgen, z.B. die hanebu-  
chene Verkehrsüberlastung in den Wohnstraßen und die Parkplatz-  
not sollen mit diesem Stichwort hier nur angedeutet werden.

Der Enttäuschung sollte der nächste Eklat bald folgen.  
Bevor Oberbürgermeister Dr. Wallmann (C D U) die Stätte des  
glanzbetonten Wirkens verließ, kündigte er für die Zukunft ei-  
ne "Neue Generation von Hochhäusern" an mit Höhen in der Größe  
Benordnung der Türme der Deutschen Bank, d.h. ab 154 Meter.  
Dieses Gebäude am Randgebiet des Westends hatte bis dahin, zu-  
mindestens für das Westend, als Ausnahme gegolten.

Die Örtlichkeit mußte nicht lange warten, bis entspre-  
chende Projekte vorgestellt wurden:  
Neben dem Hauptbahnhof soll das "Höchste Gebäude Europas"  
entstehen mit 250 Metern, dann 200 Metern, inzwischen 268 M.  
Der Rekord wird jedenfalls gehalten, denn der ebenfalls ge-  
plante Hochhausturm auf dem Messsegelände, den der amerikanische  
Architekt Jahn bauen soll, wird 254 Meter erreichen.

Weitere zwanzig Hochhäuser solcher Größenordnung sind geplant, a. l. e. im Westen Frankfurts, d. h. in den Folgewirkungen betreffen sie auch das Westend ebenso wie Bockenheim, Gallus- und Gutleutviertel, nämlich unterschiedlich bewohnte Innenstadtbereiche.

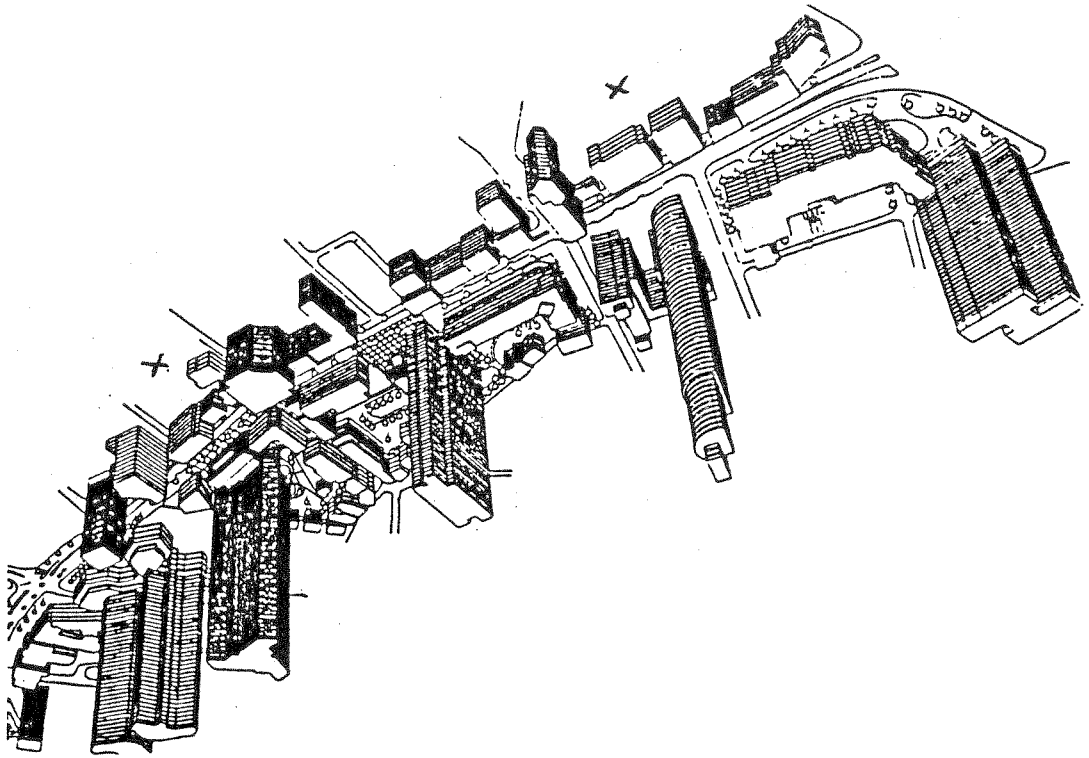
Wie zu erwarten bei solcher Euphorie im Rathaus, weil schon einmal so erlebt, wird auch das Westendterritorium nicht verschont bleiben: Zwischen den vorhandenen drei Riesen an der Mainzer Landstraße zwischen Opernplatz und Platz der Republik sollen zwei weitere "die Lücken" füllen. Ihre Höhe soll die der vorhandenen Türme noch erheblich übersteigen.

Für das eine Projekt ( über 200 Meter ) soll das Parkhaus an der Westendstraße ( 900 Stellplätze ) verschwinden.

Der Planungsdezernent Dr. Küppers spricht von "Hochhauslandschaft" und von "Schutzwahl für das Westend-Wohngebiet", von "wie Perlen an einer Schnur" an der Mainzer Landstraße.

Der Magistrat scheut sich auch nicht, den Bebauungsplan, das Rückgrat aller bisherigen Bemühungen, dafür zu ändern.

Was dies alles bedeutet, braucht kaum noch erläutern zu werden. Die öffentliche Vorstellung der Pläne geriet im Westend zum Bürgertribunal, der Widerstand formiert sich, Not schließt zusammen.



Selbstverständlich ist Planern bekannt, daß Investoren für Hochhäuser solcher Dimensionen nur beste Standorte suchen, daß die scheinbare Ersparnis an Grundfläche außerordentliche Belastungen für das Umfeld nach sich zieht, in erster Linie in Bezug auf den Verkehr, der sich sowohl ballt wie weitläufig verteilt.

Bei einer solchen Massierung von Riesenbauten mußte der Hinweis auf U - oder S-Bahnan schlüsse als perfekter Lösung schon lächerlich an. Selbst bei Bemühungen, den Verkehr auf kleinsten Nenner zu bringen, sind entspr. Verkehrsregelungen zu Lasten der Umgebung, sind Zulieferer- und Andienungsstrassen notwendig.

Probleme der Verschattung, der Luftbelastung, der Boden- und Grundwassereränderung, der ungeheuren Energieverschwendung bei dieser Bau- und Betriebsweise seien nur am Rande erwähnt. Hochhäuser verändern krebsartig ihr Umfeld. Dies weiß man längst. Von "Schutzwall" für das Westend zu sprechen, ist übler Zynismus, wie überhaupt in dieser ganzen Rechnung Menschen-Bürger-Wähler weder Würde noch Stellenwert haben.

Die bekanntgewordenen Vorhaben kreisen aus weiterer und näherer Entfernung das Westend ein. Der Stadtteil gerät, bildlich gesprochen, in die Lage einer Schüssel, die von den Rändern her noch dezimiert wird.

Gleichzeitig geht der bekannte Aushöhlungsprozess durch die Zweckentfremdung von Wohnraum weiter. Die Pläne des Magistrats wirkten sich wie eine Börsenmacht aus. Aufkäufer und Umwandlungsspekulanten schlugen im ganzen Stadtteil zu. Der Verdrängungsprozess nimmt ungehindert härteste Formen an.

Neben aufgeregten Neulingen treten auch alte Spezies wieder an. So erwarb die Firma Schleich die Häuser Bettinast. 32 - 38. Zu Aufkäufen am Frankfurter Berg befragt, äußerte der Profi weitstichtig, daß Japaner später die erhöhten Mieten bezahlen würden. Dr. Küppers dazu, auch Japaner könnten schließlich die Stadt künftighin beleben. Mieter, die im Westend die Kündigung erhalten, lassen sich diesen so formulierten Trost auf der Zunge zergehen.

Die nach Aufkäufen in astronomische Höhe getriebenen Mieten, die auf lukrativere Bürovermietung hinauslaufen, definiert

der verantwortliche Planungsdirektor als Erfolg. Sie seien ein Zeichen dafür, wie begehrt "wieder" das Wohnen im Westend sei.

Das Westend in der Zange

Von außen Einkreisung durch Hochhäuser, von innen Aushöhlung durch Zweckentfremdung von Wohnraum.  
Die Bitte um mehr Schutz, d.h. um örtlich tätige Kontrolle der Stadt zwecks Durchsetzung der städt. verbrieften Satzungen und der Wohnausweisungen im Bebauungsplan wurde seit 1980 vom Magistrat (jetzt GDU) überhört oder abgelehnt.  
Inzwischen sind die Verdängungsschäden nicht mehr zu übersehen. Weder Mitglieder der AGW, noch des Ortsbezirks oder andere Ehrenamtliche verfügen über Möglichkeiten, einer derartigen Ausbeutungsdynamik zu begegnen.

Der Oberbürgermeister kündigte die Erarbeitung einer "Erhaltungssatzung" an. Ob der Versuch ernst gemeint ist, wird daran zu messen sein, ob die erforderlichen Begleitmaßnahmen endlich erfolgen:

- Klar ausgewiesene behördlich-personelle Präsenz im Stadtteil mit Sprechstunden im Westend.
- Zu den bau- und planungsrechtlichen Fachkenntnissen des oder der Beauftragten wird eine enge Verbindung zur Verwaltung u. ein ständiges Erneuern der genauen Ortskenntnis erwartet.
- Eigenständige Kontrollgänge u. entsprechende Befugnisse müssen den unzumutbaren Ratschlag ablösen, der Bürger könne "bei Verstößen ja Anzeige erstatten" (i)

Eine Art Modell für den Einsatz könnten die vormaligen Positionen Erfahrungen mit dem sog. Stadteilberater von 1974 - 1978/79 bieten. Aber auch andere administrative Formen sind denkbar. Nun, wir hoffen erneut.

Stadtentwicklung in Frankfurt

Wem die beschriebenen Auseinandersetzungen zu mühsam (sie sind es) erscheinen, muß sich sagen lassen, daß ähnliche Probleme und ähnliche Mechanismen in zahllosen Orten der Bundesrepublik anzutreffen sind, und daß keine Landmassen zur Verfügung stehen, die ein Ausweichen ermöglichen. Wer ertägliche Verhältnisse wünscht,



Wird an Ort und Stelle dafür zu kämpfen haben.

Wir wissen, daß das Westend nicht nur für sich steht und fällt. Frankfurt ist auf dem Wege zur einseitig ausgerichteten Wirtschaftsmetropole und zum überdimensionierten Verkehrsknotenpunkt.

Diesem mit Heftigkeit betriebenen Ziel werden die anderen Verantwortlichkeiten der Kommune untergeordnet, manche sogar aufgegeben. Die regierende Oligarchie, d.h. eine kleine und nicht nur mit politischen Machtmitteln ausgestattete Gruppe, billigt Bürgergern Partnerschaft nicht zu, rechnet vielmehr mit der Verschiebbarkeit und Manipulierbarkeit "der Masse".

Folgerichtig wird die Verdängung der Wohnbevölkerung, die üblicherweise ein städtisches Gemeinwesen nicht nur belebt, sondern auch trägt und verantwortet, immer weiter aus der Stadt hinaus mit Gleichmut in Kauf genommen. Der Vorgang gibt sogar Sinn: Bürger, deren Lebensbereich räumlich abgehabelt wurde, sind nicht motiviert, in Frankfurt noch mitreden zu wollen.

Die Vorstellung, daß Stadtwachstum auch anders, vielleicht rückwärtsvoller geregelt werden könne, findet in den Absichten des großen Monopoly keine Erwägung. Von dem Verdängungsprozess ist auch die mittelständische Geschäftswelt erreicht; sie wird zunehmend um den Standort, d.h. um die selbständige Existenz gebracht.

Zum Kalkül gehören hingegen die mit enormem Aufwand betriebenen kulturellen Anstrengungen, Attraktionen und andere organisierte Spektakel. Sie erfüllen die Aufgabe des Ersatzes für den Verlust an städtischer und gesellschaftlicher Substanz in Frankfurt. Offiziell auch so vorgestellt, sollen sie künftig vor allem für das Behagen einer neuen, mobilen Schicht des gehobenen Dienstleistungssektors sorgen, für deren Zuzug nach Frankfurt anspruchsvolle Wohnreservate - möglichst Innenstadt - im planerischen Gespräch sind.

Der funktionalen Entmischung folgt, radikaler noch als erwartet, die soziale Entmischung der Stadt. So reiht sich dann die vormals ortsansässige Stadtbürgerschaft bei den Touristen ein und bestaunt anlässlich gelegentlicher Besuche "ihre Metropole".

Wem dieses Bild Unbehagen macht, insbesondere auch die Umverteilung des Vorgehens und die Undurchsichtigkeit der Verflechtung von Politik und Geschäft, kommt in Frankfurt nicht umhin, seinen Anteil an kritischem Widerstand zu leisten.

Frankfurt a.M., September 1988

Odina Bott